

ziplinspektionsgruppe, die der entsprechenden Kommission im ZK der KPCh untersteht, deutlich. So wies Hou Ying auf eine ganze Reihe von aktuellen Problemen im Bankensektor hin, die eine stärkere Kontrolle notwendig machen würde. Das Ausmaß der Probleme spiegelte sich nach Angaben von Hou Ying darin wider, daß die Zahl der gesetzlichen Verstöße im Bankensektor und die Höhe der daraus resultierenden Verluste auch im Jahre 1992 weiterhin bedenklich hoch gewesen sei. Der Anteil der schweren Fälle von Diebstahl und Betrug habe sich im letzten Jahr sogar erhöht. In Shanghai sei beispielsweise 1992 aufgedeckt worden, daß Bankangestellte öffentliche Mittel für den Aktienhandel eingesetzt hätten.

Zu den zahlreichen Problemen im Bankensektor zählten beispielsweise, daß die Bankinstitute Kredite über die im Kreditplan vorgegebenen Grenzen hinaus vergeben und Kreditmittel entgegen den Bestimmungen für Aktien Spekulationen sowie für den Kauf von Immobilien einsetzen würden. Auch die Ausweitung von Krediten für Anlageinvestitionen über das vorgegebene Limit hinaus oder unter Verwendung von Tagesgeld sowie die Beteiligung an Börsengeschäften entgegen den Bestimmungen, Verlängerung von Krediten über die Beschränkungen hinaus mit Interbankenmitteln oder Krediten der Zentralbank nannte Hou Ying. Darüber hinaus kritisierte er die ungenehmigte Ausgabe von Anleihen außerhalb der planmäßig festgelegten Emissionen sowie den mißbräuchlichen Einsatz von Mitteln, die für den Ankauf von landwirtschaftlichen und Nebengewerbeprodukten vorgesehen sind. (Xinhua News Agency Domestic Service in Chinese, 19.3.93, in SWB, 31.3.93; XNA, 19.3.93)

Auf den letztgenannten Aspekt wies auch Ministerpräsident Li Peng bei seiner Rede auf dem Nationalen Volkskongreß im März d.J. hin. So habe der mißbräuchliche Einsatz der vom Staat zur Verfügung gestellten Finanzmittel für den Ankauf landwirtschaftlicher Produkte zu dem Problem geführt, daß die Bauern zunächst kein Bargeld, sondern lediglich Schuldscheine erhalten habe. Da die Mittel anderweitig eingesetzt worden seien, habe die Regierung neue Kredite bereitstellen müssen mit der Folge einer ungeplanten Geldmengenausweitung.

Notwendig, so Li Peng, sei die Stärkung der makroökonomischen Kontrollfunktion der Zentralbank. Allerdings müßten aufgrund der besonderen Situation in China die vier Branchenbanken noch ihre duale Funktion in den nächsten Jahren beibehalten. Diese bestände in der Übernahme (wirtschafts)politischer Aufgaben und reiner Bankenfunktionen. Gleichzeitig sollte jedoch untersucht werden, ob Geschäftsbanken als Aktiengesellschaften zur Ergänzung des Bankensystems eingeführt werden könnten. (Zhongguo Tongxun She News Agency, Hongkong, in Chinese, 21.3.93, in SWB 31.03.93) -schü-

\*(31)

#### Steigende Personalkosten für Joint Ventures

Die SCMP berichtet am 22.3.93 über die hohen Lohnzusatzkosten für Joint Venture-Unternehmen in China. In ihrem Artikel bezieht sich die SCMP auf eine Untersuchung der *Economist Intelligence Unit* (EIU), die Befragungen in 20 Joint Ventures in Beijing, Shanghai und Guangzhou durchgeführt hat.

Der Befragung zufolge stellt der relativ niedrige Grundlohn für chinesische Arbeitskräfte lediglich einen Anteil von 30-40% der gesamten Personalkosten für die Unternehmen dar. Während der Grundlohn für Arbeitskräfte ohne besondere Qualifikation monatlich rund 300-350 Yuan betrage, würden die tatsächlichen Kosten pro Arbeitskraft einschließlich Boni, Zahlungen für die Rentenversicherung, Wohnungs- sowie Nahrungsmittelbeihilfen und andere Zusatzleistungen zwischen 800-1.200 Yuan liegen.

Nach Aussagen der befragten Joint Ventures entfällt auf Versicherungsprämien, Beiträge zur Altersversorgung und Kosten der Bereitstellung von Wohnraum ein Anteil von 25-30% der gesamten Personalkosten. Für Boni, Überstundenentgelt sowie Zusatzleistungen für Nahrungsmittel, Kleidung und Transport werden weitere 30-45% gezahlt.

Die EIU kommt in ihrer Untersuchung zu dem Schluß, daß die Personalkosten schneller als die offizielle Inflationsrate steigen. So sollen sich die Personalkosten der meisten Joint Ventures im letzten Jahr um 10-20% er-

höht haben, während die offizielle Inflationsrate bei 6% lag. Für 1993 wird von einem Anstieg der Personalkosten in Höhe von 20-30% ausgegangen.

Die hohen Zusatzleistungen der Joint Ventures sind der EIU zufolge dadurch begründet, daß die Einkommenssteuergrenze von 600 Yuan monatlich durch Zahlung nicht steuerpflichtiger Boni, Beihilfen, etc. umgangen werden kann und so den Arbeitskräfte attraktive Löhne geboten werden können. Eines der befragten Unternehmen in Shanghai zahlt beispielsweise einen monatlichen Grundlohn von 500 Yuan und Zusatzleistungen für "Nahrungsmittel" in Höhe von 800 Yuan. Besonders hoch sollen in Shanghai auch die vom Unternehmen zu tragenden Beiträge für die Altersversorgung der Beschäftigten sein, die rund 30% des Grundlohnes ausmachen würden. In Südchina soll dieser Anteil 10-20% und in Beijing ca. 20% betragen. Dies trifft auch für die Zusatzleistungen der Bereitstellung von Wohnraum zu. In Shanghai haben die Joint Ventures spezielle Fonds eingerichtet, um Wohnungen für ihre Mitarbeiter kaufen zu können. Die Zahlungen in diese Fonds belaufen sich der Befragung nach auf mindestens 15% des Grundlohnes. -schü-

---



---

## Taiwan

---



---

\*(32)

#### Gedenkfeierlichkeiten zum Jahrestag des "28. Februar" 1947 und neue Spannungen zwischen "Insulanern" und "Festländern"

Am 28. Februar jährte sich in Taiwan zum 46. Mal der Tag des Volksaufstandes von 1947 gegen die von Festländern beherrschten korrupten Behörden. Vor 1987 war das Thema dieser historischen Tragödie noch ein Tabu, doch infolge der politischen Liberalisierung seitdem fanden jedes Jahr bei der Wiederkehr dieses empfindlichen Tages öffentliche Diskussionen und Gedenkversammlungen statt. Im letzten Jahr legte die Regierung einen neuen Bericht über die Ereignisse des 28. Februar vor. In dieser von mehreren Wissenschaftlern im Auftrag der Regierung verfaßten Arbeit sind auch zahlreiche damalige Politiker ein-

schließlich Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek) als Regierungschef in Nanjing (Nanking) und Chen Yi als Gouverneur von Taiwan zur Mitverantwortung für die Ausbreitung der blutigen Ereignisse gezogen worden. Auf Anweisung von Staatspräsident Li Denghui (Lee Teng-hui) wurde eine Kommission mit Regierungsbeteiligung für die Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung an diesen Vorfall gegründet. In einem Jahr hat die Kommission allerdings nur 20.000-30.000 NT\$ (umgerechnet 770-1.154 US\$) an Spenden von der Bevölkerung sammeln können, so daß am Gedenktag in diesem Jahr nur die Grundsteinlegung für das Denkmal im Neuen Park im Zentrum der Hauptstadt Taipei ausgeführt werden konnte. In der südtaiwanesischen Hafenstadt Kaohsiung (Gaoxiong) wurde hingegen ein Friedensdenkmal in einem neuen Friedenspark zur Erinnerung an den "28. Februar" eingeweiht. (ZZ, 5.3.93) Ferner beschloß am 24. März die "Spezialgruppe zur Untersuchung der Affäre vom 28. Februar", die direkt dem Exekutivvuan (Kabinett) untersteht, Schmerzensgeld an die Opfer der Ereignisse vor 46 Jahren zu zahlen. (LHB, 25.3.93; ZZ, 5., 19.3.93)

Durch die beschleunigte Demokratisierung und "Taiwanisierung" der Regierung (Beendigung des Machtmonopols der Festländer) seit einem Jahr könnte der Groll des "28. Februar" schnell weggeschmolzen werden, aber die Zuspitzung der politischen Auseinandersetzungen über die chinesische Vereinigung bzw. Unabhängigkeit Taiwans in der jüngsten Zeit läßt neue Spannungen zwischen den beiden Volksgruppen - den einheimischen Insulanern und den Festländern - entstehen. Am 14. März wurde in Kaohsiung eine Versammlung der New Kuomintang Alliance, einem Flügel der Regierungspartei für die chinesische Einheit, von einer großen Masse von Gegnern gewalttätig angegriffen. Trotz der Anwesenheit von über 1.000 Polizisten konnte der Konflikt nicht verhindert werden, es gab Verletzte und großen Sachschaden. Die Zerstörungsaktion wurde von einer radikalen Gruppe der oppositionellen DPP (Democratic Progressive Party) geleitet, wovon sich jedoch die Zentrale der DPP distanzierte. (LHB und CP, 15.3.93; ZZ, 19.3.93) -ni-

\*(33)

**Wichtige Personalfluktuationen**

Das Provinzparlament Taiwan hat am 16. März die Ernennung von Sung Chuyu (James C.Y. Soong) zum neuen Gouverneur der Provinz Taiwan mit einer überwältigenden Mehrheit von 53 gegen 12 Stimmen bestätigt, am 20. März trat er das Amt an. (LHB, 17. u. 21.3.93; ZYRB, 18. u. 22.3.93) Sein Vorgänger Lian Zhan (Lien Chan) war, wie berichtet (C.a., Feb.1993, Ü 32), im Februar zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Vor seiner neuen Ernennung bekleidete Sung das Amt des Generalsekretärs der Regierungspartei KMT (Kuomintang, Guomindang). Für die großen Stimmenverluste der Partei bei den Parlamentswahlen im letzten Dezember übernahm er die Verantwortung und trat von dem Parteiamt zurück. Seine Ernennung zum Provinzgouverneur, einem noch höheren Amt als dem eines Generalsekretärs der Partei, war deswegen innerhalb der Partei umstritten. Die Abstimmung im Provinzparlament zu seinen Gunsten galt zuerst auch als nicht ganz sicher, weil das Amt des Gouverneurs seit 1972 stets mit einem einheimischen Politiker besetzt wurde, und Sung stammt aus der Provinz Hunan vom chinesischen Festland. Doch Staatspräsident und KMT-Vorsitzender Li Denghui (Lee Teng-hui), ein geborener Insulaner, hat sich für die Ernennung Sung's, eines engen Vertrauten von Li, eingesetzt. Die meisten Abgeordneten im Provinzparlament sind ebenfalls geborene Insulaner. Ihre eindeutige Zustimmung für Sung's Ernennung dürfte zum Abbau der Spannungen zwischen den einheimischen und den aus dem Festland stammenden Einwohnern beitragen.

Zu Sung's Nachfolger als Generalsekretär der KMT wurde Xu Shuide (Hsu Shui-teh) ernannt. Er ist auch der erste einheimische Politiker in diesem Amt. (LHB, 13.-14.3.93) Ferner hat der Ständige Ausschuß des Zentralen Exekutivkomitees der KMT am 17. März Qiu Chuanghuan (Chiu Chuanghuan) zum Kandidaten für das Amt des Präsidenten des Prüfungsvuan, Mao Gaowen (Mao Kao-wen) zum Kandidaten für den Vizepräsidenten desselben Yuan und Lü Youwen (Lu Yu-wen) zum Kandidaten des Justizvuan gewählt. Diese Ernennungen müssen nach der Verfassung von der Nationalversammlung bestätigt werden. (ZYRB, 18.3.93)

Wichtig ist ebenfalls die neue Besetzung des Amtes des Generalsekretärs des SEF (Straits Exchange Foundation) durch Qiu Jinyi (Chenye Chiu). SEF ist das halbamtliche Organ für den Kontakt mit dem chinesischen Festland. Qiu war zuvor stellvertretender Generalsekretär und Sprecher des Präsidialamts. Diese Stelle wurde von Dai Ruiming (Raymond R.M. Tai) übernommen. (LHB, 13. u. 21.3.93) -ni-

\*(34)

**Staatshaushalt 1993/94**

Der Exekutivvuan (Kabinett) hat am 18. März den Etat der Zentralregierung für das Finanzjahr 1993/94 (1. Juli - 30. Juni) mit einem Ausgabenvolumen von 1.107 Mrd.NT\$ (umgerechnet 42,4 Mrd.US\$) aufgestellt, das nur um 3,5% höher liegt als im Finanzjahr 1992/93, die niedrigste Zuwachsrate seit zehn Jahren. Allerdings hat die Regierung neben dem regulären Haushalt noch in spezielle Mehrjahresbudgets 361,8 Mrd.NT\$ zur Fortführung von sechs Verkehrsprojekten in den kommenden zwei Finanzjahren sowie 302,2 Mrd.NT\$ zum Kauf von amerikanischen F-16-Kampfflugzeugen und französischen Mirage 2000 für insgesamt zehn Finanzjahre einschließlich des laufenden abgestellt. Für das Finanzjahr 1993/94 ergibt sich aus diesen Sonderhaushalten eine Gesamtbelastung von 174,2 Mrd.NT\$. Legt man die Sonderhaushalte und die regulären Etats aller Regierungsebenen zusammen, beträgt der Gesamtsstaatshaushalt des kommenden Finanzjahres 2.000,5 Mrd.NT\$, rd. 6% mehr als der des laufenden Finanzjahres 1992/93.

Beim regulären Etat der Zentralregierung nimmt die Verteidigung nach wie vor den Löwenanteil von 22,8% (252,9 Mrd.NT\$) an den Gesamtausgaben ein (-1,9%). Es folgen die Wirtschaft mit 17,3% oder 191,8 Mrd.NT\$ (+1,0%), Bildung, Wissenschaft und Kultur mit 15,2% oder 168,1 Mrd.NT\$ (+3,8%), der Schuldendienst mit 10,3% oder 113,6 Mrd.NT\$ (+12,6%), allgemeine Verwaltung mit 10,1% oder 112,5 Mrd.NT\$ (+7,9%), Sozialpolitik mit 8,9% oder 98,8 Mrd.NT\$ (+9,6%), Renten- und Pensionszahlungen mit 8,6% oder 94,8 Mrd.NT\$ (+5,1%) und Umweltschutz mit 2,8% oder 31 Mrd.NT\$ (+4,7%).

Auf der Einnahmenseite hat die Regierung 859,2 Mrd.NT\$ angesetzt. Dies ist ein Plus von 6,4% gegenüber dem Budget für das Fiskaljahr 1992/93. Dabei sollen 76,3% oder 655,3 Mrd. NT\$ (+9,1%) aus Steuern, 15,3% oder 131,3 Mrd.NT\$ (-6,5%) in Form von Gewinnen der staatlichen Unternehmen sowie des Tabak- und Weinmonopols zufließen.

Das Haushaltsdefizit wird mit 248,5 Mrd.NT\$ veranschlagt. Es soll über staatliche Schuldverschreibungen in Höhe von 193,5 Mrd.NT\$ und aus überschüssigen Mitteln vergangener Etats (55 Mrd.NT\$) finanziert werden. Obwohl dieser Fehlbetrag um 52,4 Mrd.NT\$ unter dem des Vorjahres liegt, wird er sich durch die o.g. Zusatzhaushalte tatsächlich weiter erhöhen. Diese werden allein durch Anleihen gedeckt.

In den letzten fünf Fiskaljahren hat sich das Volumen der staatlichen Schuldverschreibungen drastisch erhöht. Lag ihr akkumulierter Wert (einschließlich Zusatzhaushalte) im Finanzjahr 1989/90 erst bei 147,4 Mrd. NT\$, so sind es im kommenden Haushaltsjahr bereits rd. 1,1 Bill.NT\$. Dies entspricht einem Anteil von 83% am Gesamthaushalt und einer Quote von 17,4% am taiwanischen Sozialprodukt. (NfA, 25.3.93; LHB, 19.3.93; *Jingji Ribao*, Taipei, 19.3.93; ZYRB, 1.4.93) -ni-

#### \*(35) Fehlbetrag in Zahlungsbilanz 1992

Taiwans internationale Zahlungsbilanz wies 1992 zum ersten Mal seit zwölf Jahren wieder ein Defizit auf, und zwar in Höhe von 639 Mio.US\$ - das größte Loch seit zwanzig Jahren. Im Jahr zuvor hatte es noch ein Plus von 7.329 Mio.US\$ gegeben. (FCJ, 9.3.93)

Der Einbruch ist in erster Linie ein Ergebnis der Entwicklung im letzten Quartal 1992, in dem für umfangreiche Käufe militärischer Ausrüstungsgüter dem Vernehmen nach Mittel vorgestreckt worden sind. Die kurzfristige Kapitalbilanz registrierte im 4. Quartal ein Defizit von 3.812 Mio.US\$ und über das Gesamtjahr sogar einen negativen Saldo von 4.880 (1991: 2.084) Mio.US\$. Weitere Ursachen für die negative Entwicklung der Zahlungsströme liegen in den gestiegenen tai-

wanischen Direktinvestitionen im Ausland, sonstigen langfristigen Kapitalabflüssen sowie in der abgeschwächten Exporttätigkeit.

Im einzelnen ging 1992 der Überschuß in der Handelsbilanz um 19,8% auf 12.644 Mio.US\$ zurück. Dabei standen Ausfuhren in Höhe von 80.724 Mio. US\$ (+6,9%) Einfuhren von 68.080 Mio.US\$ (+13,9%) gegenüber. Der Abbau der hohen Handelsüberschüsse ist einmal das Ergebnis der abgeschwächten Weltkonjunktur (so verringerten sich z.B. die Lieferungen nach Europa deutlich) sowie des starken Neuen Taiwan-Dollar, darüber hinaus aber auch auf den hohen Bedarf an ausländischen Ausrüstungen im Zusammenhang mit den Projekten des Nationalen Sechsjahresplans zurückzuführen.

Der Saldo der Dienstleistungsbilanz wies 1992, u.a. wegen der weiter gestiegenen Auslandsreisetätigkeit der Taiwaner, ein Minus von 4.543 (1991: -3.425) Mio.US\$ auf. Der Fehlbetrag bei den unentgeltlichen Leistungen blieb dagegen mit 204 (251) Mio.US\$ praktisch unverändert. Aus diesen Zahlen ergibt sich für 1992 für die Bilanz der laufenden Posten ein Überschuß von 7.897 (12.015) Mio.US\$.

Die langfristigen Kapitalabflüsse, die 1991 auf 4.731 Mio.US\$ zurückgegangen waren, haben sich im letzten Jahr wieder verstärkt. Per Saldo wurde hier ein Minus von 8.101 Mio.US\$ registriert. Taiwanischen Auslandsdirektinvestitionen von 1.691 (1991: 1.854) Mio.US\$ standen ausländische Anlagen auf der Insel von nur 879 (1.271) Mio.US\$ gegenüber. (NfA, 11.3.93)

Infolge der Kapitalabflüsse sanken die Devisenreserven der Zentralbank Ende 1992 beim Jahresvergleich von 82.400 Mio.US\$ auf 82.300 Mio.US\$. Damit hat Taiwan die erste Stelle an Deutschland verloren, dessen Devisenreserven sich infolge der massiven Marktinterventionen durch die Bundesbank zur Verteidigung des Außenwertes der DM Ende 1992 auf 85.900 Mio.US\$ erhöhten. Während die Devisenreserven der Zentralbank Taiwans schrumpften, nahmen die privaten Auslandsvermögen der Insel schnell zu, und zwar 1992 um 8.546 Mio.US\$ auf fast 40.000 Mio.US\$. (LHB, 6. u. 16.3.93) -ni-

## Hongkong

\*(36)

### Zuspitzung des sino-britischen Streits um politische Reformen in Hongkong

Im März erreichte der Nervenkrieg zwischen Beijing und Hongkongs Gouverneur Chris Patten wegen dessen politischen Reformpläne für die britische Kolonie, die 1997 an China übergeben wird, wieder einen Höhepunkt. Wie berichtet (C.a., Okt. 1992, Ü 42, Nov., Ü 45, Dez., Ü 34), brach ein großer Streit zwischen beiden Seiten aus, als der Gouverneur in seiner Antrittsrede vor dem Hongkonger Legislativrat (Parlament) ankündigte, durch Wahlreform und Umstrukturierung des Parlaments die Demokratisierung in der Kolonie noch vor der Wende zu beschleunigen. China warf Patten vor, die sino-britischen Vereinbarungen verletzt und dem chinesischen Grundgesetz für Hongkong ab 1997 widersprechen zu haben. Um eine reibungslose Übergabe Hongkongs zu gewährleisten, verlangte Beijing von Patten, die Reformpläne zurückzuziehen. Dies lehnte Patten wiederum strikt ab und forderte die Chinesen auf, einen Gegenvorschlag zur Diskussion zu unterbreiten. Auch auf der 25. Sitzung der Sino-britischen Liaisongruppe (JLG) vom 8.-10. Dezember 1992 konnten beide Seiten keinen Kompromiß finden.

In langwierigen Wortgefechten drohte Patten, einseitig die Reformen durchzuführen, wenn Beijing sich länger weigert, darüber zu verhandeln. Darauf konterte die chinesische Seite in scharfen Worten: sie werde Pattens Reformen nicht anerkennen und nach der Übernahme Hongkongs "einen anderen Herd" (eigenes Modell) errichten.

Anfang März signalisierte dann Beijing seine Bereitschaft, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren, lehnte jedoch kategorisch ab, Vertreter der Hongkonger Regierung als volle Mitglieder der britischen Delegation zu akzeptieren, da es im Hinblick auf die Souveränitätsfrage das "Dreifußhocker"-Verhandlungsmodell nicht dulden werde.

Um die Chinesen unter Druck zu setzen, veröffentlichte Patten am 12. März seinen Gesetzentwurf in der